

# Globale Solidarität als nationales Interesse

Ulrich Franke und Ulrich Roos

Worin bestehen die außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland? Rusche u. a. plädieren für eine klare Definition und erhoffen sich so eine „neue außenpolitische Kultur“, d. h. „sachliche, öffentliche und kontroverse Debatten“ über „Grundprinzipien“ und „konkrete Entscheidungen im Einzelfall“, über die „ausenpolitischen Werte, Ziele und Interessen sowie über Strategien zu ihrer Durchsetzung“. Auf diese Weise könnten „die Qualität der Regierungsführung“ und „die Legitimität der Willensbildung in der Außenpolitik“ gestärkt werden; an die Stelle einer „politisch korrekte[n]“ und „meist zu abstrakt[en]“ Doktrin würde so zudem eine offene Debatte treten, auf deren „Grundlage (...) eine selbstständige, realistische und berechenbare – weil nicht mehr nur ad hoc definierte – Positionierung Deutschlands in multilateralen Institutionen erfolgen“ könne.

Nachfolgend zeigen wir zunächst auf, dass Rusche u. a. ihre Leser mittels der Skizzierung einer „Entscheidungsmatrix“ in die Irre führen. Ihre Vorgehensweise basiert darauf, dass die Inhalte der „nationalen Interessen“ bereits bekannt sind und nicht, wie im Titel suggeriert, zunächst noch offen debattiert werden müssen. Im zweiten Teil unserer Replik erinnern wir daran, dass die Präambel des Grundgesetzes eine andere Interpretation des nationalen Interesses vornimmt als die von Rusche u. a. nahegelegte Orientierung am nationalen Wohlstand.

Aufgrund anders gelagerter gesellschafts- und wissenschaftstheoretischer Überzeugungen halten wir den Mehrwert der von Rusche u. a. vorgeschlagenen „Entscheidungsmatrix“ für recht begrenzt. Selbst wenn wir anzuerkennen bereit wären, dass diese grobe Form des *Rational Choice*-Ansatzes zur Bestimmung vernünftiger – weil nützlicher – außenpolitischer Entscheidungen durchaus dazu in der Lage sein könnte, auch „moralische Werte“ von vornherein zu berücksichtigen und nicht bloß „in einer abschließenden Gesamtabwägung“ in die Kalkulation zu integrieren, so änderte dies nichts daran, dass aus unserer



Dr. Ulrich Franke,  
geb. 1977, Fakultät für  
Soziologie, Universität  
Bielefeld.  
ulrich.franke@uni-  
bielefeld.de

Perspektive der gesamte Versuchsaufbau eine deutliche Schräglage aufweist. Das Problem besteht darin, dass die Durchführung einer solchen Kosten-Nutzen-Rechnung die Definition dessen, was „deutsche Interessen“ sind, immer schon voraussetzt. Bei der Klärung der Frage, was deutsche Interessen sind (und was demnach als Maßstab aller derart nach Kosten und Nutzen kalkulierten Entscheidungen dienen muss), können uns jedoch keine Tabellen, Grafen oder Regressionsgleichungen weiterhelfen. Dieser maßgebliche „Wert“ kann ja gerade nicht das Ergebnis einer mathematischen Berechnung sein, die ihren Anfang in ihren eigenen Resultaten nimmt; vielmehr sind „deutsche Interessen“ durch den Austausch von Argumenten, die zwangsläufig allesamt normativ bleiben müssen, immer wieder neu gesellschaftlich zu verhandeln.

Den Anspruch des Titels ihres Beitrags paradoxerweise völlig ignorierend, legen Rusche u. a. ihre Definition deutscher Interessen an keiner Stelle offen. Dies lässt den Schluss zu, dass ihr Plädoyer „Interessen offen debattieren!“ auf einer Verwechslung von Interessen mit Strategien bzw. Entscheidungen gegründet ist. Nicht über den Gehalt deutscher Interessen soll offen debattiert werden, sondern allein über die im Einzelnen zu treffenden strategischen Entscheidungen, die einem eher beiläufig definierten und gerade nicht „offen“ debattierten Interesse dienlich zu sein haben. Informiert wird dabei allenfalls darüber, welche Bereiche zur Wahrung des ökonomischen Wohlstands der Bundesrepublik Deutschland zentral sind. In Verbindung mit der Überschrift des zweiten Abschnitts („Langfristig ökonomischen Wohlstand sichern“) lässt sich daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass Rusche u. a. die Wahrung des deutschen Wohlstands zum zentralen außenpolitischen Interesse Deutschlands und somit zum Maßstab aller außenpolitischen Entscheidungen gekürt haben. Hierüber ließe sich trefflich streiten. Doch just eine solche Debatte, so hat es den Anschein, soll gar nicht erst geführt werden. Wir möchten dies dennoch tun und nehmen die anscheinend nicht allzu ernst gemeinte Einladung zu einer Debatte über deutsche Interessen, die Rusche u. a. im Titel ihres Beitrages aussprechen, dankend an. Der Diskussion vernünftiger Strategien, wie sie die jungen „IB-Enthusiasten“ führen wollen, geht diese Debatte notwendig voraus.




Dr. Ulrich Roos, geb. 1973,  
Lehrstuhl für Politik-  
wissenschaft, Friedens-  
und Konfliktforschung,  
Universität Augsburg.  
ulrich.roos@phil.uni-  
augsburg.de

Eine gewichtige Ergänzung der von Rusche u. a. vorgenommenen Beschreibung des außenpolitischen Interesses der Bundesrepublik, wenn nicht gar eine Alternative zum Streben nach nationalem Wohlstand, hält die Präambel des deutschen Grundgesetzes bereit:

„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

Wenn dieser Satz heute noch gültig ist, dann stellt sich Multilateralismus gerade nicht als eine „Flucht vor der Verantwortung“ dar, sondern ganz im Gegenteil als einzig rationale Strategie. In einer Welt, deren Bewohner auf immer vielfältigere Weise miteinander verflochten sind, stellen die Vereinten Nationen die kostbarste Errungenschaft der internationalen Gemeinschaft dar. Sie sind die beste Option, um ein friedliches und solidarisches Miteinander zu gewährleisten. Das von Rusche u. a. implizit unterstellte Primat nationaler Interessen reduziert internationale Organisationen dagegen auf die Funktion bloßer Verhandlungsforen ohne eigenständige, transnationale Wertegenda.

Die Interessen einer Nation exklusiv durch die Sicherung und Steigerung des eigenen ökonomischen Wohlstands zu definieren, empfinden wir angesichts unserer interdependenten Welt als anachronistisch. Anstatt sich hinter nationalen Interessen zu verstecken und einer Denkweise anzuhängen, welche die Bundesrepublik in ein Unternehmen verwandelt, dessen Repräsentanten ihr außenpolitisches Handeln an den Renditerwartungen von zu Anteilseignern degenerierten Bürgern ausrichtet, entspricht es dem in der Präambel des Grundgesetzes ausgedrückten Willen, dass die Außenpolitik der Bundesrepublik zurückfinden möge in die Spur einer gezielten Förderung weltweiter Solidarität und der Durchsetzung des Völkerrechts. Frieden, Wohlstand und Sicherheit durch Recht lassen sich aus unserer Sicht am besten durch eine Stärkung der Vereinten Nationen erreichen. Dabei geht es weder darum, die Welt – wieder einmal – am deutschen Wesen genesen lassen zu wollen (ein Ansatz, der mindestens zweimal mit einer globalen

Katastrophe endete und Abermillionen von Menschen das Leben kostete), noch wird gefordert, die Augen vor Legitimationsproblemen und mangelnder Effektivität der Vereinten Nationen zu verschließen. Da die Stärke Letzterer von der Bereitschaft ihrer Mitgliedstaaten abhängt, sich zu engagieren, ist klar, an welchem Hebel anzusetzen ist. Weiterhin impliziert die von uns favorisierte Relativierung der Bedeutung nationaler Interessen nicht, dass wir davon ausgehen, über kurz oder lang sei das Verschwinden des Nationalstaats oder dessen (restloses) Aufgehen in supranationale Formationen zu erwarten. Gleichwohl rechtfertigt die Überzeugung, dass der demokratische (National-)Staat ein politisches Gebilde darstellt, das sich durchaus bewährt hat, nicht die Annahme, dass eine auf die Verfolgung „nationaler Interessen“ beschränkte Außenpolitik ausreichend und angemessen wäre. Vielmehr ist eine (Außen-)Politik anzustreben, die nichts unversucht lässt, um die beiden (im Einzelfall zweifellos sehr schwer zu vereinbarenden) zentralen Ziele der Charta der Vereinten Nationen zu realisieren: das Gewaltverbot und die Einhaltung der Menschenrechte. Eine solche an weltweiter Solidarität orientierte deutsche Außenpolitik bildet zugleich die Voraussetzung dafür, um enger definierte nationale Interessen zu verfolgen. Die Sicherheit und der Wohlstand Deutschlands hängen in erster Linie von der Glaubwürdigkeit seines Bekenntnisses zu multilateralen Vereinbarungen ab, denn hieraus speist sich die wertvollste Ressource deutscher Außenpolitik: das Vertrauen seiner internationalen Partner. 

Potsdamer Textbücher

*PTB*

**E. Crome (Hrsg.): Die Babelberger Diplomatschule**

Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR

Zeitzeugen analysieren die Rolle des Instituts im politischen System, beschreiben seine Strukturen und Aufgaben in Forschung und Lehre, diskutieren Leistungen und Defizite dieser außenpolitischen Institution.

PTB 12, 2009, 272 S., brosch., 14,50 €

Bestellungen unter:

**bestellung@weltrends.de oder [www.weltrends.de](http://www.weltrends.de)**

**oder auf [www.amazon.de](http://www.amazon.de) – Suchwort „Weltrends“**